

Renate Ullrich

Zur sozialen Lage von KünstlerInnen

Diesem Abschnitt liegen folgende Materialien zugrunde:

. Bericht der Bundesregierung über die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler in Deutschland, 2000

. PDS-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag, AG Kultus (Hg.), 2001: Soziale Lage von Künstlern. Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion am 12. Dezember 2000, Berlin

sowie zur Ergänzung:

. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2001: Kulturfinanzbericht 2000, Metzler-Poeschel, Stuttgart

. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung /

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, 2003: Kulturwirtschaft in Hessen. 1. Hessischer Kulturwirtschaftsbericht. Wiesbaden

Der erste (und bisher letzte) umfassende Bericht über die Situation von KünstlerInnen in der Bundesrepublik Deutschland war der Künstlerreport von Forbeck / Wiesand aus dem Jahr 1978. Er lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die sozialen Lagen von Künstlern und hatte insofern auch sozial-politische Bedeutung, als er unter anderem zur Gründung der Künstler-Sozialkasse (KSK) der BRD im Jahre 1983 beitrug. Sie bietet den sogenannten selbständigen Künstlern noch heute einige Sicherheiten, vor allem hinsichtlich der Kranken- und Rentenversicherung. Darüber hinaus hat der Künstlerreport im wesentlichen historischen Wert, ist aber als Vergleichsbasis für aktuelle Erhebungen geeignet.

In den seither vergangenen 25 Jahren haben sich die Soziallagen vieler KünstlerInnen erheblich verändert. Das betrifft gravierend die ostdeutschen KünstlerInnen, weil sie aus dem gesetzlich vergleichsweise klar geregelten Gagensystem und der Sozialversicherung der DDR in das kapitalistische Gagen- und Versicherungssystem geraten sind. Aber es betrifft auch die westdeutschen KünstlerInnen.

Sowohl im Bericht der Bundesregierung wie auch in der Anhörung der PDS wird kritisiert, dass Kultur und Künste durch die Politiker nicht (genügend) beachtet werden. Unterschätzung kultureller und künstlerischer Arbeit durch die Politik habe zwar in Deutschland eine lange Tradition, aber gegenwärtig sei sie besonders unverständlich, weil sich dieser Bereich in den letzten drei Jahrzehnten (also etwa seit dem "Künstlerreport") zu einem kräftigen Wirtschaftszweig entwickelt hat.

Für Statistik und Soziologie ist es schwierig, diesen neuen Wirtschaftszweig adäquat zu erfassen. Wie aus den verschiedenen Berichten zu schlussfolgern ist, liegt das vor allem an zwei Trends:

Erstens: Es gibt Definitionsschwierigkeiten. Angesichts der enormen technischen Fortschritte sind in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von neuen Arbeitsfeldern und Tätigkeiten entstanden, die nicht eindeutig zuzuordnen sind. Das betrifft weniger die klassischen Kunstgattungen als vielmehr neue Bereiche wie die Animatoren, Eventhersteller in der Freizeitunterhaltung. Vor allem betrifft es Bereiche, in denen Kunst zunehmend auch am Computer hergestellt, aufgezeichnet, bearbeitet wird, wie die Musikindustrie (Toningenieure, Disk-Jockeys etc.) und das Druckgewerbe (Computerdesigner etc.). Oftmals werden die verschiedensten Tätigkeiten in diesen Bereichen von ein und derselben Person ausgeübt.

Zweitens: Kultur und Künste in der Bundesrepublik finanzieren sich aus ganz unterschiedlichen Quellen, und das häufig in Mischfinanzierungen: Dazu gehören öffentliche Gelder von Bund, Ländern, Kommunen, Gelder aus Stiftungen, aus betrieblichem oder privatem Sponsoring etc.. Außerdem gibt es rein merkantile Formen wie TV- und/oder Verlagskonzerne, die ihre Produktions- und damit auch ihre Finanzierungsformen in den letzten Jahren rationalisiert haben, sowie kleine Unternehmer (Zirkus- und andere Betriebe) und Selbständige Kulturschaffende und Künstlerinnen. Alle diese Finanzierungsformen wirken sich auf die Einkommensformen aus, so dass es offenbar zunehmend sehr verschiedenartige und bei vielen Kulturschaffenden und KünstlerInnen sich permanent verändernde "Mischeinkommen" gibt, die statistisch schwer zu erfassen sind.

Für die Zukunft deuten sich keine größere Übersichtlichkeit, sondern weitere Differenzierungen an. Sozialwissenschaftler und -berichterstatte und deren Auftraggeber versuchen dennoch, einige Zipfel dieser Entwicklungen zu fassen, indem sie selektive Studien oder besser: kommentierte Statistiken herstellen.

So wurden im Jahr 2000 zum ersten Mal "Kulturfinanz"- bzw. "Kulturwirtschafts"-Berichte erstellt, der "Kulturfinanzbericht 2000" im Auftrag der Kultusministerkonferenz für Bund und Länder, "Kulturwirtschaft in Hessen" von den betreffenden Ministerien des Landes Hessen (Wirtschaft; Kultur). Beide Berichte gehen davon aus, dass Kulturförderung eine öffentliche Aufgabe ist. Beide Berichte nehmen nur die Kulturfinanzierung ins Visier. Der Bundesbericht konzentriert sich auf die vergleichende Auflistung der öffentlichen Ausgaben der Länder für verschiedene Bereiche - von Museen über Orchester und Theater bis zu Zoologischen Gärten etc. Der Hessische Bericht setzt sich offensiver für die Unentbehrlichkeit und die Humanisierungsfunktionen von Kultur und Künsten **und** für die wirtschaftliche Bedeutung von kultur- und kunstproduzierenden Institutionen am Wirtschaftsstandort Hessen ein. Demensprechend werden über die Auflistung der finanziellen Daten hinaus noch andere Bereiche behandelt und problematisiert wie: Begriff der Kulturwirtschaft; Träger der Kulturwirtschaft in Hessen; Freie Kulturszene; Öffentliche Kulturförderung etc. Es werden hessische Erfolge und Defizite gezeigt. Während im Bundesbericht KünstlerInnen und Kulturschaffende und deren Soziallagen nicht vorkommen, nennt der hessische Bericht immerhin einige Zahlen: (Versicherungspflichtige) Kultur- und Kunstschaffende machen

insgesamt 4% der hessischen Bevölkerung aus. Es gibt 22.000 Unternehmen mit einem Umsatz von rd.19 Mrd.Euro, das sind 5% aller Umsätzen in Hessen.(18f) Damit liegt Hessen genau im Bundesdurchschnitt und im Vergleich der Bundesländer an 5.Stelle nach Hamburg, Berlin, Bayern und Schleswig-Holstein. Die neuen Bundesländer - außer Berlin - liegen in der unteren Hälfte: Sachsen (3,9%), Thüringen (2,7%), Sachsen-Anhalt und Brandenburg (je 2,5%), Mecklenburg-Vorpommern (2,0%).(158)

Im Jahr 2000 gab es in Hessen im Kulturbereich rd.12.000 sozialpflichtig Versicherte, davon 39% im Literatur-, Buch- und Pressemarkt, 19,2% im Kunstmarkt, 17,2% in Film-, TV-, Videowirtschaft, 18,5,% im Kulturellen Erbe, 1,6% in der Musikwirtschaft, 4,5% in der darstellenden und unterhaltungsbezogenen Kunst. (.40f.) Darüber hinaus waren im gleichen Jahr 8.481 selbständige Künstler in der Künstlersozialkasse versichert. Das sind knapp 8% aller Versicherten der KSK. Insgesamt gaben die hessischen Künstler ein Jahreseinkommen von 101,5 Mio. Euro an, das entspricht einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 12.000 Euro = einem durchschnittlichen Monateinkommen von knapp 1.000 Euro. (39ff.) Am 12.2.2004 nannte Bundeskulturministerin Weiß im Bundestag für die BRD sogar nur ein durchschnittliches Jahreseinkommen der Künstler von 11.000 Euro und betonte, dass sie damit weiterhin unter dem Durchschnitteinkommen der Bevölkerung liegen. (Meldung im 3Sat). Dabei ist zu bedenken, dass Durchschnitte die sozialen Unterschiede noch nivellieren.

Augenscheinlich lassen sich Aussagen über soziale Lagen von KünstlerInnen am genauesten mittels Daten aus den Versicherungen treffen. Auch der "Bundesbericht über die soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern" stützt sich auf Versicherungsdaten, und zwar ausschließlich auf Daten der Künstlersozialkasse (KSK.) Laut Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) vom 27.7.1981 können nur selbständige (in der DDR hießen sie "freischaffende") KünstlerInnen und PublizistInnen Mitglied der Kasse sein. Das hat zur Folge, daß in diesem Bericht ganze soziale Gruppen wie unbefristet oder befristet Angestellte, Privatversicherte, Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger u.a. außen vor bleiben. Auch dieser Bericht gibt demnach nur einen schmalen Ausschnitt aus der Gesamtproblematik wieder, beschreibt aber dennoch eine Reihe von Trends.

Das Arbeitskräfteangebot an Selbständigen steigt. Zahlen liegen nicht vor. Bekannt ist, dass sich angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Potenz und der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung kultureller und künstlerischer Tätigkeiten mehr junge Leute als je zuvor für Ausbildung und Erwerbsarbeit in diesen Bereichen entscheiden, obwohl auch dieser Wirtschaftszweig sich gegenwärtig in der Krise befindet und die großen Unternehmen alles tun, um die Folgen mittels ökonomisch-struktureller Maßnahmen abzupolstern (Zusammenlegungen von Verlagen, Sendern, Musikproduktionsfirmen, Massenentlassungen etc.). Immer weniger KünstlerInnen finden nach der Ausbildung einen Job, immer mehr "Feste" werden entlassen, "frei" gesetzt und "selbständig". Viele versuchen sich als "Ich-AG". Das führt für einen Teil zu Verbesserungen ihrer sozialen Situation, für die Mehrheit zu Verschlechterungen, für viele zum Leben am Rande des Existenzminimums. Genaue Zahlen liegen auch dazu nicht vor. Als Tendenz wird beschrieben, dass sich auch auf diesem Gebiet die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter öffnet.

In dem Bericht wird zunächst über die Künstlersozialkasse informiert. Das ist verdienstvoll, weil auch nach ihrem über 20jährigen Bestehen kaum bekannt ist, wie KünstlerInnen in Deutschland versichert sind. Die KSK ist kein eigenständiger Versicherungsträger, die Arbeiten werden von der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen in Wilhelmshaven durchgeführt.

Laut KSVG sind die Mitglieder als Pflichtversicherte in den Schutz der gesetzlichen Kranken- und Rentenkassen einbezogen. Mit Wirkung vom 1.1.1995 ist der Versicherungsschutz um die soziale Pflegeversicherung erweitert worden.

Selbständige Künstler müssen nur den halben Beitrag zahlen. Der "Arbeitgeberanteil" muß von den Verwertern (Verlagen, Sendeanstalten etc.) aufgebracht werden. Der Abgabe unterliegen alle an selbständige Künstler und Publizisten gezahlten Honorare. Seit 1.1.2000 gilt eine einheitliche Höhe von 4%. Sie wurde vereinheitlicht, weil die einzelnen Bereiche der Medienentwicklung nicht mehr klar voneinander abzugrenzen sind. Bei Selbstvermarktung zahlt der Bund.

Freizeit- oder Hobbykünstler werden nicht aufgenommen. Die Mitglieder der KSV müssen selbständig sein, dürfen nicht mehr als einen Arbeitsnehmer beschäftigen und ihre Absicht muß sein, mit ihrer künstlerischen / publizistischen Arbeit auf Dauer Einnahmen zu erzielen. Für das Jahr 2000 wurden als jährliche Mindesteinkommen genannt: in den alten Bundesländern 7680DM (= 640DM/Monat); in den neuen 6240DM (= 540DM/Monat). BerufsanfängerInnen müssen sich in den ersten 5 Jahren pflichtversichern, gegebenenfalls bei noch niedrigerem Jahreseinkommen.

Laut Definition des KVSG ist Künstler, wer Musik, darstellende oder bildende Kunst schafft, ausübt oder lehrt. Publizist ist, wer als Schriftsteller, Journalist oder in anderer Weise publizistisch tätig ist. Allerdings gibt es damit in der Versicherungspraxis zunehmend Schwierigkeiten, eben weil in den letzten Jahren Tätigkeitsinhalte erheblich verändert wurden und neue Berufe entstanden, die noch nicht definiert sind.

In einem anderen Abschnitt werden Entwicklung und Zusammensetzung des Versichertenbestandes von 1990 bis 1999 dargestellt. Ende 1999 waren 107167 KünstlerInnen versichert. Damit hatte sich die Zahl seit 1988 verdreifacht. Als Gründe werden angegeben: Anstieg der Medienbetriebe; mehr HochschulabgängerInnen als früher nehmen selbständige Arbeit auf; Verselbständigung ehemaliger Festangestellter; Outsourcing von Unternehmensbereichen.

Für die verschiedenen Sparten sieht das in den Jahren 1990, 1991, 1999 so aus:

Darstellende Kunst:	3973	7192	11434
Musik:	10914	11994	27765
Bildende Kunst:	18869	18732	42038
Wort:	8277	9794	25932

Dabei zeigen sich folgende Tendenzen:

Berufsanfänger sind meistens älter als in anderen Berufen: 3497 (unter 30) versus 17305 (über 30). Auffallend ist der hohe Frauenanteil sowohl bei den Versicherten insgesamt (43%) wie bei den BerufsanfängerInnen (über 50%). Das ist allerdings sowohl spartenabhängig als auch geographisch unterschiedlich. Während das in den neuen Bundesländern für alle Altersgruppen zutrifft, bedeutet das in den alten Bundesländern: Je jünger die Versicherten, desto mehr Frauen. Das heißt: In den alten Bundesländern ziehen Frauen deutlich nach. An den eingezahlten Beiträgen zeigt sich erstens, dass seit 1994 (bis 1999) die Jahreseinkommen gestiegen sind, in allen Berufsgruppen außer bei den darstellenden Künsten. Für letzteres werden keine Gründe angegeben. Es hat vermutlich mit der Verkleinerung bzw. Auflösung vieler stehender Theaterensembles zu tun. Es zeigt sich zweitens, daß im allgemeinen die Einnahmen mit zunehmendem Alter steigen. Und es zeigt sich drittens an der Beitragszahlung, dass selbständige Frauen etwa 30-40% weniger als die Männer verdienen – und zwar in allen Berufsgruppen.

Vor allem letzteres hat Auswirkungen auf die Rentenzahlungen. Da es den Berichterstattem nicht gelungen ist, reale Rentenzahlen zu ermitteln, stellen sie zumindest rein rechnerisch fest, dass die Frauen noch mehr als die Männer auf Altersarmut zusteuern und dass viele Rentenansprüche offensichtlich noch aus anderen Tätigkeiten resultieren, weil sonst die Renten noch niedriger wären. Das wiederum bedeutet, daß viele Menschen neben ihrer künstlerisch oder kulturell Tätigkeit noch andere – meist ebenfalls gering bezahlte Erwerbsarbeit auszuführen gezwungen sind.

In dem Bericht wird auch die Zahlen der abgabepflichtigen "Verwerter" per 31.12. der Jahre 1991 und 1999 genannt:

1991: 20078 (West) zu 619 (Ost).

1999: 32648 (West) zu 2725 (Ost).

Wie in anderen Produktionszweigen auch bestehen also nach wie vor enorme quantitative Unterschiede zwischen West und Ost.

Vorgeschlagen wurden Erleichterungen für Notsituationen:

- . Unterbrechungen der Versicherungszahlungen in der Berufsanfängerzeit sollten ermöglicht werden bei Wehr- und Zivildienst sowie bei Mutterschafts und Erziehungsurlaub;
- . für alle Versicherten sollte die Geringfügigkeitsregel dahingehend modifiziert werden, dass es möglich wird, bei Einkommenseinschränkungen oder Ausbleiben von Aufträgen bis zu zweimal innerhalb von 5 Jahren unter der Geringfügigkeitsgrenze zu bleiben.

Im Unterschied zu diesem Bericht ging es bei der Anhörung der PDS- Bundestagsfraktion zur sozialen Lage von KünstlerInnen nicht nur um Selbständige. Das Spektrum war größer, aber keineswegs vollständig. Auch hier ging es vornehmlich um diejenigen, die nahe dem Existenzminimum oder sogar darunter leben. VertreterInnen verschiedener Institutionen und Künstlerorganisationen gaben kurze Statements, berichteten vor allem über soziale und juristische Probleme und Konflikte. Die Redner benutzten, wenn überhaupt, altes oder

punktuell eingeholtes Datenmaterial (z.B. kurzfristige Telefonumfrage bei ein paar Kollegen). Hier nur einige Aussagen und Forderungen:

. Verband deutscher Schriftsteller in der IG Medien: Der Konzentrationsprozeß im Verlagswesen, TV und Rundfunkindustrie schreitet voran. Nur noch 10% der Produktionsfirmen sind konzern- oder senderfrei. – Kreativität ist unter Selbstausbeutung immer schwierig. Eine Umfrage im VS Baden-Württemberg 1992 hat ergeben, dass nur 4% der Mitglieder vom Schreiben leben können. In den anderen Bundesländern ist die Zahl ähnlich niedrig. Der Gesetzgeber hat den verfassungsrechtlichen Auftrag, ordentliche Existenz- und Arbeitsbedingungen für alle Kreativen zu schaffen. Das muß immer wieder abgefordert werden. – Durch die Entstehung des "Book on Demand" wird das alte Verlegerprinzip: "Je mehr Bücher ich drucke, desto billiger" umgekehrt in "desto teurer". Die Verlage investieren immer weniger Arbeit, vor allem Lektoratsarbeit, in die Bücher. Daraus folgt, dass die Rollen und das Verhältnis von Verlegern (verwertern) und Autoren neu definiert werden muß. Die Gesetze müssen die Autoren in die Lage versetzen, in den neuen Technologien wie Unternehmer zu arbeiten.- Literaturförderung muß ausgebaut werden, auch für schwer zu verkaufende Genres wie Lyrik.

. Verband Bildender Künstler e.V.: Niedrige Ausstellungshonorare korrespondieren mit einem Leben an der Armutgrenze und also mit künftiger Altersarmut. Die bekannte Geschlechter- und die damit verbundene Familienproblematik sowie das Problem der teuren Mieten für Ateliers wurde nicht erwähnt.

. Bundesverband freier Theater e.V. (ohne Geschäftsstelle): Ebenfalls Problem von Einnahmen und Altersrente. Die Berufsvereinigung der Theaterschaffenden ist für die freien Theater nicht zugänglich. Problematisch ist der graue Arbeitsmarkt.

. Komponistenverband e.V.: Problematisch für die Komponisten sind vor allem die – trotz der GEMA - bestehenden Ungerechtigkeiten in der Bezahlung von E- und U-Musik: U-Musik ist besser bezahlt, weil sie näher an der Kultur-(Markt-)wirtschaft ist, aber auch bei ihr gibt es Ungerechtigkeiten durch eine unverhältnismäßig hohe Bezahlung von Werbemusik. Deutschland ist ein Land der E-Musik, aber nur der alten, nicht der neuen. Die Auftragspolitik geht in West und inzwischen auch in Ost gegen Null.

Durchgehend werden als Hauptprobleme die Konflikte zwischen Autoren und Verwertern genannt. Es geht um Lohn- und Machtkämpfe in einer Zeit technischer Umbrüche. Dabei zeigt sich, dass nach wie vor ist das Verhältnis zu den Produktionsmitteln entscheidend ist. Macht- und rechtliche Vorteile liegen auf der Seite der Besitzer an den PM. Gesetzliche Festlegungen können - auf beiden Seiten - durch Verträge leicht gebrochen werden.

Der Arbeitskreis Kulturstatistik e.V.: Kultur und Kunst ist ein wachsender Wirtschaftszweig, aber im Unterschied zu anderen Wirtschaftszweigen gibt es dazu keine jährlichen Berichte.

In allen genannten Berichten zu Kunst und Kultur wird der Mangel an Überblicksberichterstattung beklagt. Alle fordern einen zweiten "Künstler-Report", der methodisch und inhaltlich den neuen Entwicklungen Rechnung trägt. Der Zusammenhang von technischen Entwicklungen, Veränderungen in den Besitz- und in den Produktionsverhältnissen, in den Tätigkeiten sowie in den sozialen Lagen der Kunst- und

Kulturschaffenden muß problematisiert und mit umfangreichen Daten belegt werden. Sonst bleibt dieser wichtige Bereich der Gesellschaft politisch und sozialpolitisch weiterhin unterbelichtet und kann sich unkontrolliert kapitalistisch entwickeln.

Aus der Studie zum Projekt „Sozialberichterstattung - Instrument solidarischer Sozialpolitik?“
für 2003: Mit Blick auf die sozial Benachteiligten - Analysen zur Sozialberichterstattung 2003

Kontakt: Institut für Sozialdatenanalyse Berlin; Franz-Mehring-Platz 1 * 10243 Berlin * Tel.:
030/29784141, Fax: - 4142 * isda@gmx.net